

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Eine Perspektive für die Beschäftigten an Berliner Schulen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Beschäftigten an den Berliner Schulen brauchen eine verlässliche Perspektive auf Entlastung. Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft über einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz aufzunehmen. Ziel muss es sein tarifvertraglich Klassenhöchstfrequenzen und entsprechende Ausgleichsmechanismen zu regeln, falls diese nicht eingehalten werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 30.09.2023 und anschließend halbjährlich zu berichten.

Begründung

Seit Monaten kämpfen die Beschäftigten an Berliner Schulen für kleinere Klassen und eine bessere Personalausstattung. Der Berliner Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW BERLIN) will diese in einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz regeln. Im Koalitionsvertrag bzw. den Richtlinien der Regierungspolitik findet sich jedoch keine entsprechende Übereinkunft und nach einem unverbindlichen Gespräch Ende Mai schloss der neue Senat auch für die Zukunft die Aufnahme von Tarifverhandlungen aus. Auch deshalb hat die GEW BERLIN für Anfang Juni 2023 erneut zu einem dreitägigen Warnstreik aufgerufen.

Klar ist: Die Situation duldet keinen Aufschub. Laut neuer Lehrkräftebedarfsprognose (RN 0996) rechnet der Senat für das kommende Schuljahr 2023/24 mit einer Personallücke von fast 1.500 in Vollzeit tätigen Lehrkräften, für das Schuljahr 2026/27 und die folgenden Jahre sogar von jeweils 2.500 VZE (ebd., Anlage 2c). Zudem konstatiert der Bericht „erstmalig auch höhere

Abgangsquoten bereits in [...] jüngeren Jahrgängen“ (ebd., S. 9). Unter dem Label „keine Denkverbote“ kündigte Bildungssenatorin Günther-Wünsch in den vergangenen Wochen u. a. wiederholt an, abgeordnete Lehrkräfte in die Schule zurückzuholen, sogenannte Einfach-Lehrkräfte einzustellen und das PKB-System auf die weiteren pädagogischen Professionen auszuweiten. Weitere Schritte werden im bereits zitierten Bericht angedeutet: „Effekte einer besseren Bedarfsdeckung werden aus der künftigen Verbeamtung der Lehrkräfte sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen und der möglichen Reduzierung der Teilzeitquote politisch erhofft“ (ebd., S. 12).

Wer verhindern will, dass noch mehr junge Kolleg*innen die Berliner Schulen verlassen, darf nicht mit Einschränkungen von Teilzeitregelungen drohen, sondern muss ihnen eine echte Aussicht auf Besserung bieten. Dass sich in der aktuellen Situation nicht alle Forderungen und auch nicht von heute auf morgen umsetzen lassen, liegt auf der Hand. Aber wer es mit guter Arbeit ernst meint, muss eine Perspektive eröffnen und dementsprechend unverzüglich Tarifverhandlungen aufnehmen.

Davon profitieren am Ende nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Schülerinnen und Schüler, denn kleinere Klassen bedeuten nicht nur gesündere Arbeitsbedingungen und damit mehr Personal, das langfristig zur Verfügung steht, sondern vor allem bessere Bildungschancen für die Berliner Kinder und Jugendlichen.

Berlin, den 06.06.2023

Helm Schatz Brychcy
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke